



LYSSER SPot

MÄRZ 2022



IHRE VERBINDUNG NACH BERN

Liebe Leserinnen,
liebe Leser

Wir dürfen seit acht bzw. vier Jahren in der kantonalen Politik mitarbeiten und würden das gerne weiter tun. Als Grossrätin und Grossrat haben wir Einsitz in verschiedenen Kommissionen, Margrit Junker Burkhard in der Gesundheits- und Sozialkommission sowie in der Justizkommission und Stefan Bütikofer in der Bildungskommission.

In der Direktion der GSI (Gesundheit / Soziales / Integration) steht das Sparen leider an erster Stelle und wir müssen uns mit zahlreichen Vorstössen gegen den Abbau in der Sozialhilfe, der Gesundheitsversorgung und der Integration für die betrof-

fenen Menschen einsetzen. Die Anzahl der von Armut Betroffenen wird immer grösser und diesem Umstand müssen wir die Stirn bieten. Die Subventionen bei den Institutionen werden gestrafft und es können nicht mehr alle Dienstleistungen angeboten werden. Kinder, Familien, Menschen im Alter oder mit Einschränkungen verlassen sich auf uns, damit sie ein Leben in Würde haben.

Das aktuell drängendste Problem im Themenbereich der Bildungs- und Kulturdirektion ist sicherlich der Lehrpersonenmangel. Zahlreiche Lehrpersonen geben nach wenigen Jahren ihren Beruf wieder auf. Vor allem die Belastung der Klassenlehrpersonen hat stark zugenom-

men. Hier braucht es eine Entlastung, um die Lehrerinnen und Lehrer länger im Beruf halten zu können. Weiter setzt sich die SP für mehr Chancengerechtigkeit in der Schule ein, zum Beispiel durch gezielte frühe Förderung. Nur so erreichen wir eine gute Bildung und damit gute Lebenschancen für alle.

Wir führen unser Engagement im Grossen Rat gerne weiter und bitten Sie um ihre Unterstützung bei den Wahlen am 27. März! Zudem empfehlen wir Ihnen auch die weiteren Kandidierenden der SP Lyss-Busswil herzlich. Sie stellen sich in diesem SPot vor.

Margrit Junker Burkhard
und Stefan Bütikofer

Sichere und ökologische Energieversorgung für den Kanton Bern

Die Schweiz deckt ihren Energiebedarf immer noch zu mehr als 70% mit den fossilen und nicht erneuerbaren Energieträgern Erdöl, Erdgas und Uran ab. Deren Import kostet uns über 13 Milliarden Franken pro Jahr. Dabei könnten wir unseren Energiebedarf grösstenteils selber mit erneuerbaren Energien abdecken. Dadurch bliebe die Wertschöpfung in der Schweiz, neue Arbeitsplätze könnten geschaffen und wertvolles Wissen aufgebaut werden. Ganz nebenbei würde auch das Klima geschont. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen massiven Ausbau der Solarenergie und auch der Windkraft. Im Grosse Rat würde ich mich dafür einsetzen, dass Solaranlagen stärker gefördert werden. Auf www.sonnendach.ch kann geprüft werden, ob sich

die eigene Dachfläche für die Installation einer Solaranlage eignet. Es gibt in der Schweiz noch sehr viele ungenutzte Dächer, auf denen kleinere und grössere Anlagen montiert werden könnten. Bei kleineren Anlagen, die keine kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erhalten, ist jedoch vor allem der Eigenverbrauch interessant. Der ins Netz zurückgespiesene Strom wird leider nur ungenügend vergütet. Hier sehe ich Möglichkeiten für eine gezielte Unterstützung der Solarstromproduktion, beispielsweise durch den Kanton. Zudem braucht es grössere, zentrale Energiespeicher, um den überschüssigen Solarstrom zu speichern und dann abzugeben, wenn er gebraucht wird. Dafür fehlen die gesetzlichen Grundlagen, was dringend angepackt werden muss. Im

Grosse Rat möchte ich mich für den Wandel zu einer ökologischen und selbstbestimmten Energieversorgung stark machen. Danke für Ihre Stimme!



Katrin Meister

Die Voraussetzung sind Begegnungen unter Menschen

Begegnungen mit Menschen verschiedener Kulturen sind eine unabdingbare Voraussetzung für Integration.

Integration ist ein Akt des aufeinander Zugehens, persönlich, kulturell und politisch. In der Schweiz ist einerseits eine Willkommenskultur zu schaffen, die mithilft, Hürden abzubauen und Brücken zu schlagen. Andererseits darf ein Land, das eine Willkommenskultur gegenüber Menschen aus fremden Ländern pflegt, eine Bereitschaft zur Integration erwarten.

Heute prägen leider Ängste die Diskussion rund um Migration und Integration und verhindern die Entwicklung einer Willkommenskultur. Man fühlt sich in die 70er Jahre zurückgeworfen, in die Zeit von James Schwarzenbach.

Die schweizerische Wirtschaft ist seit 1945 auf Arbeitsimmigration angewiesen. Diese trägt zur guten Wirtschaftsentwicklung bei, die wiederum Voraussetzung ist, damit der Service Public und die Sozialwerke angemessen finanziert werden können.

Die Schweiz ist ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen, das macht sie einzigartig, weltoffen und erfolgreich. Von den Hugenotten, dank denen sich die Chemie in Basel und die Uhrenindustrie in unserer Region angesiedelt hat, über die Migrantinnen und Migranten aus Spanien oder Italien, die unsere Städte gebaut haben, bis zu den tausenden deutschen, albanischen und von wo auch immer stammenden Menschen, die heute unser Gesundheitswesen am Leben erhalten, die an Uni-

versitäten und Schulen unterrichten, im Restaurant bedienen: sie zusammen mit uns Schweizerinnen und Schweizern machen den Reichtum unseres Landes aus.

Es ist Zeit, auch im Kanton Bern diese Menschen vollumfänglich zu integrieren. Gewähren wir ihnen die vereinfachte Einbürgerung und das Wahl- und Stimmrecht. Das würde unsere gemeinsame Schweiz noch stärker machen.



Oriana Pardini

Grosskonzerne und Big Tech in die Schranken weisen!

Der US-amerikanische Autor Joel Kotkin zeichnet in seinem Buch «The Coming of Neo Feudalism. A Warning to the Global Middle Class» ein düsteres Bild der Zukunft. Seine Befürchtung: Ein neuer Feudalismus ist im Kommen. Wenige Technologiemilliardäre, die mit ihren mächtigen Kommunikations- und Handelskonzernen den Nationalstaaten die weltliche Macht entreissen. Verlierer sind wir alle: KMU, Gewerbetreibende, Landwirte und Fachkräfte, der Arbeiterschaft droht gar das Absinken in eine neue Leibeigenschaft, die auf Transferzahlungen angewiesen ist. Wer genau hinschaut, kann Anzeichen erkennen. Die Anzahl an verschiedenen kleinen Geschäften in den Innenstädten nimmt kontinuierlich ab, die kleinen Händler haben der geballten Marktmacht der

globalen Handelsplattformen nichts entgegenzusetzen. Zunehmende Verlagerung der Lebenswelt in den digitalen Raum erhöht unsere Abhängigkeit weiter. Private Konzerne entscheiden, wer was sagen darf. Durch die Techgiganten gesteuerte Algorithmen entscheiden, was zum Thema wird und was nicht. Die Konzentration von Kapital und Information in den Händen weniger Individuen nimmt stetig zu. Alle diese Tendenzen haben sich während der letzten 2 Jahre noch deutlich verstärkt. Die Genugtuung vieler, wenn Big Tech offensichtliche Falschnachrichten zensuriert und Accounts sperrt, ist nachvollziehbar. Nur, wer entscheidet, was «Fake News» sind und was nicht? Diese Entscheidung einem gewinnorientierten Grosskonzern zu überlassen ist eine Bankrott-

erklärung unserer Verfassung! Weder USA noch EU haben es trotz Bemühungen bis jetzt geschafft, die gefährliche Macht dieser Konzerne gemäss den geltenden Gesetzen zu zerschlagen und zu regulieren. Ich werde mich konsequent für den Erhalt unserer demokratischen Souveränität und einen egalitären Zugang zu Kapital und Information einsetzen!



Michael Rychen

Für Lohnschutz und soziale Sicherheit

Die Gewerkschaften sind eine Macht im Kanton, die auch im Grossen Rat starke Stimmen braucht. Wir waren in den letzten Jahren erfolgreich aktiv im Kampf gegen zusätzliche Sonntagsarbeit, gegen Steuersenkungen, gegen Sozialabbau und gegen die Abschaffung der Arbeitsgerichte. Wir haben gemeinsam mit der SP und weiteren Partnern politische Rückschritte im Kanton Bern verhindert. Als Leiter der Unia Biel-Seeland und als Mitglied der Geschäftsleitung des GKB bin ich bereit, diese Auseinandersetzungen im Grossen Rat weiterzuführen. Für mich stehen folgende Bereiche im Mittelpunkt:

1. Für einen starken Lohnschutz: Wir müssen mit ständigen Kontrollen und wirksamen Sanktionen sicherstellen, dass Lohn-dumping im Kanton Bern sofort und hart geahndet

wird. Dafür will ich mich einsetzen.

2. Bessere Löhne für Berufe in systemrelevanten Bereichen: Pflege, Detailhandel und weitere Berufe haben sich in der Corona-krise als systemrelevant erwiesen. Dies darf sich nicht nur in der symbolischen Wertschätzung ausdrücken, sondern muss sich auch bei den Löhnen und Arbeitsbedingen niederschlagen. Unbedingt.

3. Höhere AHV-Renten und mehr soziale Sicherheit: Die Renten sind für viele Menschen zu tief. Die Pensionskassen können ihre Versprechen nicht erfüllen. Immer mehr Menschen brauchen Ergänzungsleistungen. Für ein Alter in Würde brauchen wir eine starke AHV und zusätzliche flankierende Massnahmen. Das ist mir ein grosses Anliegen.

4. Ein starker Service public: Steuern finanzieren einen guten Service public, auf den wir alle angewiesen sind. Ich verteidige die Leistungen des Service public und lehne Steuersenkungen ab.



Alain Zahler

Gemeinsam für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern

Der Kanton Bern braucht wieder eine rotgrüne Mehrheit! Denn die Bürgerlichen politisieren an der Bevölkerung vorbei. In der ablaufenden Legislatur wurden sie mehrfach korrigiert, nachdem SP und Grüne erfolgreich das Referendum ergriffen haben. Sowohl die Steuergeschenke für Unternehmen im Steuergesetz als auch die Kürzungen im Sozialhilfegesetz und kürzlich die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten wurden an der Urne abgelehnt. Bei den Regierungsratswahlen vom 27. März haben wir die grosse Chance, die rotgrüne Mehrheit zurückzuerobert und den Kanton Bern sozialer und ökologischer zu gestalten.

Gemeinsam wollen wir den Kanton Bern voranbringen. Für eine nachhaltige Entwicklung braucht es rasch griffige Massnahmen für den Klimaschutz und eine Förderung der erneuerbaren Energieträger. Dank gezielter Investitionen in die Bildung, Forschung und Digitalisierung schaffen wir die Rahmenbedingungen für eine innovative Zukunft und stärken den Wirtschaftsstandort Bern.



Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, in der sich alle Menschen auf ein sicheres Sozialnetz und ein gutes Gesundheitssystem verlassen können. Wir engagieren uns für einen vielfältigen Kanton, in dem alle Menschen die gleichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten haben – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft oder ihrer Sprache.

Unsere Politik nimmt Verantwortung für künftige Generationen wahr, und setzt nicht

auf schnelle Profite in der Gegenwart. Wir stehen ein für Solidarität statt Ausgrenzung und Stigmatisierung – für Fortschritt statt Stillstand und Rückschritt.

«IHRE VERBINDUNG NACH BERN – SP LYSS-BUSSWIL»

Impressum
SP Lyss-Busswil
7600 Exemplare

Redaktion:
Lukas Ruggli

Druck: Hertig + Co. AG

Weitere Informationen wie immer unter

www.splyss.ch



Inhalt SPot:

Ihre Verbindung nach Bern Seite 1

Sichere und ökologische Energieversorgung für den Kanton Bern
Katrin Meister Seite 2

Die Voraussetzung sind Begegnungen unter Menschen
Oriana Pardini Seite 2

Grosskonzerne und Big Tech in die Schranken weisen!
Michael Rychen Seite 3

Für Lohnschutz und soziale Sicherheit
Alain Zahler Seite 3

Gemeinsam für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern Seite 4

Ihre Verbindung nach Bern – SP Lyss-Busswil Seite 4

Impressum Seite 4